

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Horst Jungmann MdB unterstreicht am Vorabend des Antikriegstages: Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, erläutert das Zukunftsprogramm Dritte Welt der SPD: Abrüstung und Entwicklung verbinden. Seite 4

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, befaßt sich mit der CDU-Kritik an der USA-Berichterstattung der ARD: Ton in Ton mit der SED. Seite 6

Klaus Wettig MdEP gratuliert Peter von Oertzen zum 60. Geburtstag: Ein Gegner der Orthodoxie. Seite 8

39. Jahrgang / 168

31. August 1984

Abrüstung ist das Gebot der Stunde

Gedanken und Forderungen zum Antikriegstag 1984

Von Horst Jungmann MdB

Am 1. September wird in der Bundesrepublik der Antikriegstag im Gedenken an den Überfall auf Polen am 1. September 1939 und damit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges durch die nationalsozialistischen Machthaber durchgeführt. In vielen Veranstaltungen des DGB, der SPD, der Friedensbewegung und kirchlicher Organisationen werden die vielfältigen Leiden der Menschen, die der Naziterror über sie gebracht hat, wachgerufen, um die Machthaber in Ost und West davon abzuhalten, unsägliches Leid durch eine militärische Auseinandersetzung über die Menschheit zu bringen. Entsetzen und Angst hat bei allen friedliebenden Menschen die angeblich "scherzhaftige" Bemerkung des amerikanischen Präsidenten ausgelöst. Er sagte als Sprechprobe: "Liebe Amerikaner, es ist mir ein Vergnügen, Ihnen heute mitzuteilen, daß ich ein Gesetz unterzeichnet habe, das Rußland für immer ächtet. Wir beginnen mit der Bombardierung in fünf Minuten."

Hitler hat die Deutschen am 1. September 1939 mit dem Satz: "Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen", beim Frühstück vom Beginn des Zweiten Weltkrieges informiert. Wenn der Präsident der westlichen Führungs- und Nuklearmacht USA mit den Gefühlen und Ängsten der Menschen derartige Scherze betreibt, kann man nur noch mit Empörung reagieren. Es ist nicht die Zeit für dumme Witze - wenn "auch" nur als Sprechprobe - sondern die Zeit ist überreif für tatsächliche Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Auf dem Parteitag in Essen ist mit entschiedener Unterstützung der schleswig-holsteinischen SPD beschlossen worden: "Unser Ziel ist es, auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft der bestehenden Militärblöcke eine europäische Friedensordnung zu schaffen, die diese Blöcke überwindet." Auf dem Weg zu diesem Ziel bedarf es vieler kleiner Schritte.



Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich ihr Versprechen, noch 1984 ein weltweites Verbotsabkommen chemischer Kampfstoffe zu erreichen, einzulösen. Ein erster realer Schritt ist der Abzug aller chemischer Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland.

Die von der Sowjetunion und den USA für September angekündigten Verhandlungen über Weltraumwaffen sollten ohne Vorbedingungen unverzüglich begonnen werden. Zu Beginn der Verhandlungen sollte ein Teststoppabkommen für Anti-Satelliten-Waffen angestrebt werden. Die in Stockholm laufenden Verhandlungen der Konferenz für Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) sollte verstärkt auf ein Gewaltverzichtsabkommen gegen nuklearen und konventionellen Ersteinsatz in Europa hinarbeiten.

Die von der Bundesregierung entfachte Diskussion über die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr in den 90er Jahren veranlaßt uns zu folgender Einschätzung:

1. Die derzeitige Strategie der "Flexiblen Reaktion" ist in Zukunft nicht weiter aufrecht zu erhalten. Die Pläne des NATO-Oberbefehlshaber General Rogers und der US Streitkräfte - wie Air Land Battle 2000, beziehungsweise Integrated Battle Field oder die in der Herresvorschrift Field-Manuel 100-5 aufgeführten Anweisungen für das US-Heer sind Kriegsführungsstrategien, die mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar sind.

Die Verteidigung kann nach unserer Auffassung so organisiert werden, daß sie unter Aufwendung von wenigem Personal und Material eine Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik im Rahmen des NATO-Bündnisses sicherstellt. Die Struktur und Ausrüstung muß dem defensiven Charakter des NATO-Bündnisses und unserer Verfassung gerecht werden.

2. Die von der Bundesregierung und dem Verteidigungsminister angekündigten Personalmaßnahmen zur Aufrechterhaltung eines Friedensumfanges von 495.000 Soldaten für die Bundeswehr sind nach unserer Einschätzung nicht zu realisieren.

Auch bei einer angenommenen Erhöhung des Grundwehrdienstes von 15 auf 19 Monate und

- Änderung der Tauglichkeitskriterien
- bessere Ausschöpfung der Jahrgangsstärke
- Erhöhung des Berufssoldatenanteils
- geänderte Freistellung für Zivil- und Katastrophenschutz

wird die Bundeswehr in den 90 Jahren nur noch einen Friedensumfang von cirka 400.000 Soldaten haben.

Die notwendige gesetzliche Realisierbarkeit der Erhöhung des Grundwehrdienstes ist bisher noch sehr fraglich, da die FDP mit den bisher bekannt gewordenen Maßnahmen des Verteidigungsministers nicht übereinstimmt. Sozialdemokraten werden einer Verlängerung des Grundwehrdienstes nur dann zustimmen, wenn feststeht, welcher Umfang für welche Struktur und Strategie der 90 Jahre erforderlich ist und dieser Umfang nicht ohne Verlängerung des Wehrdienstes erreicht werden kann.

3. Die im Bundeswehrplan 1985 bis 1997 vorgesehenen Beschaffungsvorhaben sind nicht bezahlbar. Nicht alles, was an militärischem Gerät denkbar und herstellbar ist, muß auch angeschafft werden. Es ist, wie gesagt, nicht nur nicht bezahlbar, sondern bedeutet das Vergeuden von Ressourcen.



- Allein die Entwicklungskosten der Panzerabwehr-Haubitze II werden mehr als eine Milliarde DM ausmachen.
- Die Beschaffungskosten liegen nach heutigem Preisstand bei cirka vier Milliarden DM.
- Der von der Luftwaffe gewünschte Jäger 90 wird mehr als zwei Milliarden DM Entwicklungskosten verschlingen. Die zu beschaffenden 220 Flugzeuge sollen nach derzeitigem Preisstand 17,5 Milliarden DM kosten. Nach dem Finanzierungsdebakel bei "Tornado" wissen wir, daß sie eher mehr als das Doppelte kosten werden.
- Die von Wörner als Zweibahnstraße gelobte Vereinbarung zur Beschaffung der Flugabwehrsysteme Roland und Patriot wird neben der personellen Belastung cirka sieben Milliarden DM verschlingen.
- Die vom Heer gewünschten gepanzerten Kampffahrzeuge der 90er Jahre sollen nach dem BW-Plan 1985 12,5 Milliarden DM kosten, wobei man eher mit 20 Milliarden DM bei Abschluß der Beschaffung rechnen kann.
- Die Wünsche der kleinsten Teilstreitkraft, der Marine, sehen neben dem Umbau von zwölf U-Booten der Klasse 206 zur Klasse 206 A (cirka 760 Millionen DM) die Beschaffung von sechs U-Booten der Klasse 211 (cirka 1,2 Milliarden DM) und von zusätzlichen Fregatten der NATO-Fregatte 90 (sechs Stück cirka 4,2 Milliarden DM) sowie ein Kampfhubschrauber der Marine, Minenjagdboote und Minenkampfboote vor. Die Kosten werden sich für die Wünsche der Marine, die notwendige Infrastruktur und Peripheriegeräte bei cirka 20 Milliarden DM belaufen.

Zählt man alle hier aufgeführten Beschaffungswünsche, die nicht vollzählig sind, zusammen, so kann man von einem Kostenvolumen von 60 bis 70 Milliarden DM ausgehen. Rechnet man jetzt noch die Preissteigerungsrate und die Kostensteigerung durch Änderungswünsche hinzu, so ist man knapp gerechnet bei 80 bis 90 Milliarden DM.

In der Öffentlichkeit werden die Rahmenbedingungen und Vorgaben so dargestellt, daß

- die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Aufklärungsmittel
- die Verbesserung der Fähigkeit zur elektronischen Kampfführung aller Teilstreitkräfte
- und die Weiterentwicklung der Führungssysteme

oberste Priorität besitzen.

Wo das Geld für die Lösung der personellen Probleme, die Beschaffungswünsche der Teilstreitkräfte und nicht zu vergessen, die Betriebskosten herkommen soll, verschweigt der Minister und sein Staatssekretär Würzbach.

Die in der Öffentlichkeit von beiden propagierte drei Prozent reale Steigerung des Verteidigungshaushaltes haben sie in der mittelfristigen Finanzplanung jedoch nicht eingeplant.

Fazit: Die Bundesrepublik Deutschland und die NATO müssen sich über eine Strategie der 90er Jahre einigen. Sie müssen wissen, wie die Aufgabenverteilung im Bündnis aussehen soll, und vor allem ist Abrüstung das Gebot der Stunde, damit die Menschen in Ost und West eine friedlichere Zukunft erwarten können und damit die notwendigen Mittel zur Bekämpfung des Hungers und der Armut in der Welt bereit gestellt werden können.

(-/31.8.1984/ks/rs)

+ + +



Abrüstung und Entwicklung zusammenführen

Eine Darlegung des Zukunftsprogramms Dritte Welt der SPD

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die weltweiten Rüstungsausgaben steigen. Die Entwicklungshilfe für die Länder der Dritten Welt nimmt ab. Die weltwirtschaftliche Lage insgesamt ist unbefriedigend, die Lage in einigen Entwicklungsländern dramatisch schlecht. Die Nord-Süd-Beziehungen stecken in einer tiefen Krise, was auf den Egoismus des Westens und die Gleichgültigkeit des Ostens zurückzuführen ist. Die Bundesregierung hat nichts unternommen, um den Nord-Süd-Dialog mit neuen Impulsen zu versehen.

In dieser Situation hat die SPD-Bundestagsfraktion ein "Zukunftsprogramm Dritte Welt" erarbeitet, das jetzt von Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Das Programm soll dazu beitragen, das Nord-Süd-Wohlstandgefälle zu mindern und die dadurch verursachten Spannungen abzubauen. Es will Abrüstung und Entwicklung zusammenführen und in einem Pakt der Solidarität die Industriestaaten des Westens und des Ostens einander näher bringen.

Die SPD fordert dieses Zukunftsprogramm Dritte Welt aus menschlicher und geschichtlicher Mitverantwortung, aus friedenspolitischen und wirtschaftlichen Gründen, aus Solidarität und wohlverstandenen Eigeninteressen. Schon der erste Brandt-Bericht aus dem Jahre 1980 hatte deutlich gemacht, daß die Interessen aller dauerhaft nur gesichert werden können, wenn alle begreifen, daß Nord und Süd, Ost und West Teil der einen Welt sind und nur gemeinsam überleben können. Diese Erkenntnis greift das Zukunftsprogramm auf, um dann festzustellen: "Nirgendwo auf dieser Welt ist noch ein Separatfrieden mit dem Wohlstand möglich."

Die SPD fordert eine dem früheren Marshall-Plan ähnlich große Anstrengung der Industrieländer gegen Hunger und Krankheit, Ausbeutung und Naturzerstörung, Energie- und Rohstoffverschwendung, Unwissenheit und Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt.

Dabei kann es jedoch - anders als beim Marshall-Plan - nicht darum gehen, die begünstigten Länder in das politische und wirtschaftliche System der Industriestaaten einzubinden. Notwendig ist vielmehr eine globale Zusammenarbeit, die die kulturelle und soziale Identität und die politische und wirtschaftliche Selbstverantwortung der Entwicklungsländer respektiert.

Angesichts der gewichtigsten Strukturdefizite in der Dritten Welt, nämlich Überschuldung, nachteiliger Austauschverhältnisse bei stagnierendem Exportvolumen und binnenwirtschaftlicher Produktionsschwäche und Ressourcenverschwendung, sollte sich das Programm Dritte Welt auf folgende drei Punkte konzentrieren:

1. Entschuldungshilfe für die ärmsten Länder: Aussetzung und teilweise Streichung der Tilgungs- und Zinsverpflichtungen aus öffentlichen Krediten an Entwicklungsländer; unter Einbeziehung der Banken auf einer internationalen Konferenz Verständigung über Zinserleichterungen, Kapitalisierung von Zinsverpflichtungen und die Umwandlung kurzfristiger in langfristige Schulden sowie eine stärker die entwicklungspolitischen Notwendigkeiten berücksichtigende Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds.



2. Eine zeitlich befristete Handelsförderung: Verbesserung der Austauschverhältnisse zugunsten der Entwicklungsländer und Ermöglichung eines freieren Zugangs zu den Märkten der Industrieländer, wobei auch hier den ärmsten Ländern absolute Priorität einzuräumen ist.
3. Sicherung der Grundbedürfnisse als Hilfe zum Überleben: großflächige, integrierte, jedoch kleinbetrieblich orientierte Programme zur nachhaltigen Steigerung der Produktivität und Vermarktung in Landwirtschaft und Kleingewerbe sowie zur besseren Nutzung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, was dem Konzept "Entwicklung von unten" entspricht.

Das Zukunftsprogramm soll keine staatlich subventionierte Exporthilfeaktion für notleidende Branchen der Industrieländer werden. Es darf nicht dazu beitragen, überholte Wirtschaftsstrukturen zu zementieren. Gleichwohl kann es positive Rückwirkungen auf Export und Beschäftigung der Industrieländer bei entwicklungspolitisch optimalen Sachlieferungen haben, zum Beispiel bei energiesparenden, umweltverträglichen, leicht reparierbaren, robusten und rohstoffsparenden Techniken. Nicht so sehr kurzfristige Liefermöglichkeiten, sondern eine Entwicklungspolitik, die Anstöße für eine sich selbst tragende Entwicklung in den Ländern des Südens gibt und die Mehrheit der Bevölkerung einbezieht, entsprechen den wahren langfristigen Interessen der Industrieländer.

Das Zukunftsprogramm muß entsprechend seiner Bedeutung für den Weltfrieden und die Entwicklung in der Dritten Welt ausgestattet werden. Für die Förderung des Handels und die Sicherung der Grundbedürfnisse könnte eine Abrüstungsinitiative erhebliche Mittel freimachen (fünf Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben entsprechen etwa 50 Milliarden Dollar pro Jahr). Die Entschuldungshilfe entlastet die Entwicklungsländer, ohne zu große Opfer für die Industrieländer zu bedeuten. Wichtig ist, daß das Programm Dritte Welt die bestehenden Projekte und Institutionen der Entwicklungspolitik nicht ersetzen, sondern durch einen zusätzlichen Impuls ergänzen soll.

Für die Durchführung sollen weitgehend erfahrene internationale Institutionen im Verband der Vereinten Nationen genutzt werden, um so wenig wie möglich zusätzliche Bürokratien aufzubauen. Die grundlegenden Entscheidungen über die Verwendung der Mittel (Länder und Programm) und die Berichterstattung darüber, ob sie effektiv eingesetzt werden, soll ein neu zu berufendes Gremium treffen, das sich paritätisch aus Vertretern des Nordens (West und Ost) und des Südens zusammensetzt. Das Zukunftsprogramm soll grundsätzlich mit Zuschüssen arbeiten; innerhalb der einzelnen Entwicklungsländer sollen Fonds aus Gegenwertmitteln in Landeswährung gebildet werden, aus denen dann Investitionen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Länder finanziert werden können.

Die SPD will das Zukunftsprogramm Dritte Welt in die nationale und internationale Diskussion einführen. So soll es mit relevanten gesellschaftlichen Gruppen, wie den Gewerkschaften und Kirchen, in der Bundesrepublik erörtert sowie im Europäischen Parlament und im Europarat bekanntgemacht werden. Es muß mit anderen europäischen und Dritte-Welt-Partnern sowie den USA, Kanada und Japan besprochen werden, bevor es auf der Genfer Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen der Sowjetunion und ihren Verbündeten und den Entwicklungsländern zur unpolemischen Erörterung vorgeschlagen wird. Die SPD hat bereits mit der sowjetischen Seite den Dialog über die Reduzierung von Rüstungsausgaben und die Verwendung der dadurch frei werdenden Mittel für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung auch in der Dritten Welt aufgenommen. (-/31.8.1984/ks/rs)

+ + +



Ton in Ton mit dem "Schwarzen Kanal"

Zur Unions-Kritik an der USA-Berichterstattung der ARD

Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

CDU und CSU haben der Amerika-Berichterstattung der ARD und namentlich dem Fernsehkorrespondenten Fritz Pleitgen inzwischen mehrfach und öffentlich den (un-)geistigen Krieg erklärt.

Bei Wilfried Scharnagl (für Strauß) las man es beispielsweise so: "Besonders der hohläugige Haß, der die Berichterstattung und Kommentierung des ARD-Fernsehens aus den Vereinigten Staaten beherrscht, liefert die böartigen Vorurteile, aus denen der Antiamerikanismus der Linken hierzulande, innerhalb und außerhalb der SPD, seine Stichworte bezieht."

Walter Brückmann (für Heiner Geißler) hatte schon etwas früher den "Haß auf Reagan" in den Augen der ARD-Fernsehleute entdeckt und dies unter anderem mit dem unnachahmlichen Bild kommentiert, daß "nicht erst seit gestern offensichtlich (ist), daß Studioleiter Pleitgen und Kollegen mit ihren einseitigen Bildern aus Amerika Wasser auf die Mühlen des rot-grünen Antiamerikanismus in der Bundesrepublik leiten".

Es war ein böser Zufall, daß fast zur selben Stunde, da Strauß und Geißler ihre Kampagne gegen unliebsame Journalisten entfesselten, auch Karl-Eduard von Schnitzlers berühmt-berüchtigter "Schwarzer Kanal" des DDR-Fernsehens (am 20. August) sich die ARD-Amerika-Berichterstattung vorknöpfte, und zwar anlässlich der Kommentierung des Reagan'schen "Bomben-Scherzes" durch Fritz Pleitgen und andere "BRD-Journalisten".

Originalton Ost (Kommentator Heinz Grote): "Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, vielmehr zeigen, wie diese Äußerung aus Washington im Fernsehen der BRD - na, sagen wir mal - verarbeitet worden ist. Die Originalaufnahme, die unsere 'Aktuelle Kamera' wie fast alle Fernsehstationen der Erde bereits in der vergangenen Woche veröffentlicht hat, die war im BRD-Fernsehen nicht zu hören, obwohl sie natürlich den Nachrichtenredakteuren dort ebenso zur Verfügung stand. Stattdessen gab es vielfältige Versuche, den Ausspruch zu bagatellisieren, herunterzuspielen, ja, sogar halb und halb zu entschuldigen... Warum dieses angestrebte Bemühen, die Angelegenheit herunterzu-



spielen? Weil die Besorgnis, die Angst von Millionen Westeuropäern, über Nacht in ein tödliches Kriegsabenteuer des US-Imperialismus hineingezogen zu werden, immer weiter um sich greift..".

Ende der Durchsage.

Den SED-Leuten paßt die Richtung der ARD-Korrespondenten nicht. Aber jene können diesen nichts anhaben: die Zensurpraktiken der realen kommunistischen Bürokratie enden bekanntlich an unseren Grenzen.

Aber CDU und CSU, denen die ARD-Amerika-Richtung aus ganz anderen Gründen auch nicht paßt, versuchen sich hierzulande an der Zensur durch politische Pression.

Originalton West (Kommentator Walter Brückmann): "... dann ist es wohl höchste Zeit, daß sich die ARD-Intendanten intensiv mit der Problematik befassen. Der Zuschauer hat Anspruch auf saubere, ja auch kritische Berichterstattung. Aber die Korrespondenten-Büros der ARD sind keien Propagandainstrumente zur Unterstützung grün-roter Partei-Politik in der Heimat."

Fritz Pleitgen und den anderen in Washington mag es eine Bestätigung ihrer journalistischen Arbeit sein, daß sie sich offensichtlich genau "in der Mitte" (Entschuldigung, Herr Bundeskanzler) zwischen dem "Schwarzen Kanal" der SED und den schlimmen Sprücheklopfern der Schwarzen hierzulande bewegen.

Für den Journalismus hingegen ist diese deutsch-deutsche Koalition der von Schnitzlers und Geißlers ein schlaglichtartiges Warnsignal: Der stets mit Verunglimpfungen verbundene, auf Ausgrenzung Andersdenkender bedachte, geistig-totalitäre Machtanspruch Geißler'scher Prägung gegenüber den öffentlich-rechtlichen Rundfunkprogrammen ist zu einer Gefahr für eine unabhängige Berichterstattung hierzulande geworden. Die offenen und verdeckten Versuche der Bonner Regierungskoalition, im Innern - wie gen Amerika - die wachsende Kritik der Öffentlichkeit im Keim zu ersticken - siehe die Schlagetot-Kampagne gegen Klaus Bednarz (Monitor) - werfen schlimme Schatten.

(-/31.8.1984/ks/rs)

+ + +



Peter von Oertzen zum 60. Geburtstag

Orthodoxie ist ihm immer fremd geblieben

Von Klaus Wettig MdEP

Wenn Peter von Oertzen am 2. September seinen 60. Geburtstag feiert, dann werden unter den Gratulanten die Freunde und Weggefährten aus seinem politischen Leben überwiegen, denn von den sechs Jahrzehnten sind gut vierzig Jahre von der politischen Arbeit in Sozialdemokratie und Gewerkschaften geprägt worden. Als der 1924 in Frankfurt am Main geborene, in Berlin aufgewachsene Peter von Oertzen 1946 sein Studium in Göttingen aufnahm, folgte dort bald der nächste Schritt: Er trat in die SPD ein. Es war ein bewußter Bruch mit der Tradition der Familie, nach der Vater Friedrich-Wilhelm von Oertzen hatte als konservativer Publizist dem anderen politischen Lager angehört. Er geschah in Auseinandersetzung mit den Ursachen und Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges. Von der SPD erwartete Peter von Oertzen die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, damit die politisch-gesellschaftliche Demokratie dauerhaft gesichert bliebe.

In den ersten Jahren beschränkte sich seine Mitarbeit in der SPD auf den Göttinger Raum. Vorrang hatte der Abschluß seiner Doktorarbeit bei seinen akademischen Lehrern Helmuth Plessner und Rudolf Smend. Von diesen Hochschullehrern, entschiedenen Gegnern der Nationalsozialisten, ist Peter von Oertzens Denken nachhaltig beeinflusst worden. Daneben trat die Beschäftigung mit der marxistischen Theorie; nicht nur Marx und Engels, sondern stets stärker die unorthodoxen marxistischen Theoretiker: Karl Korsch, vermittelt durch den damaligen SPD-Landtagsabgeordneten Erich Gerlach, Georg Lukacz und Antonio Gramsci. Den Einfluß des Marxismus auf sein Denken hat Peter von Oertzen nie geleugnet, er hält ihn bis heute für eine unverzichtbare Methode der politischen Analyse, aber Orthodoxie ist ihm immer fremd geblieben. Was nicht nur für seine wissenschaftliche Arbeit gilt, auch die Orthodoxie in der Politik hält er für ein Übel.

Aus der lokalen Parteiarbeit hinaus führt Peter von Oertzen die Landtagswahl 1955, als er überraschend die bisherige FDP-Hochburg Göttingen als Landtagswahlkreis gewinnt. Im Niedersächsischen Landtag wird er bald ein geschätzter Abgeordneter seiner Fraktion, jedoch auf absehbare Zeit ohne Chance, ihrer Führung angehören zu können. Sein Widerstand gegen das Godesberger Programm isoliert ihn in jenen Jahren, obwohl er als Redner und Publizist in der SPD und in den Gewerkschaften seinen Einfluß über Göttingens Grenzen ausweitet. Politische und berufliche Krise veranlassen ihn zur Aufgabe des Landtagsmandats und zur Rückkehr an die Hochschule.

Es folgt die Habilitation für das Fach "Wissenschaft von der Politik" an der Universität Göttingen und dann sehr bald der Ruf auf einen Lehrstuhl an die TU Hannover. Für gut sechs Jahre ist Peter von Oertzen nur ein einfaches Mitglied. In diesem Zeitraum begründet er seinen Ruf als Wissenschaftler. Seine Arbeit über "Betriebsräte in der Novemberrevolution" - noch immer ein Standardwerk der Räteforschung - erscheint und zahlreiche Veröffentlichungen über Probleme der Mitbestimmung. Rasch festigt er seinen Ruf in der Generation der jüngeren Politikwissenschaftler.

Die Rückkehr in die praktische Politik erfolgt dann 1967, als er in seinem alten Wahlkreis Göttingen wiederum in den Landtag gewählt wird. Aus dieser Wahl startet er in höhere Fraktions- und Parteiämter. Nach kurzer Zeit schon Mitglied des Fraktionsvorstandes und des Bezirksvorstandes Hannover schafft er es, 1970 in der Phase des Umbruchs der SPD Vorsitzender des Bezirks Hannover zu werden. In einer Kampfabstimmung schlägt er den langjährigen Bezirksvorsitzenden Egon Franke. Der Vorsitz im größten niedersächsischen SPD-Bezirk zieht weitere Ämter nach sich: Vorsitzender des Landesausschusses der niedersächsischen SPD und seit 1973 Mitglied des Parteivorstandes. Peter von Oertzens Weg



In die Spitze der Partei war für viele ein Zeichen des Wandels der SPD, positiv wie negativ. Für die 68er Generation, der er nahestand, positiv, denn mit seinen politischen Auffassungen hat er es vielen leichtgemacht, sich zur SPD zu bekennen. Ein negatives Zeichen war er für alle, darunter auch in seiner Partei, die gesellschaftliche Veränderung als lästige Störung ansahen. Den Widerstand in seiner Partei gegen seine politischen Auffassungen hat er abarbeiten können. Nicht jedoch den Widerstand der Konservativen. Trotz des Respekts, der ihm von dieser Stelle in den letzten Jahren gezollt wurde, war er über viele Jahre ein Hauptziel ihrer publizistischen und parlamentarischen Angriffe. Häufig in persönlich verletzender Form vorgetragen. Zu Peter von Oertzens Stellung in der SPD wurde sein Einfluß auf die Parteitheorie wichtig. Es mutet überraschend an, daß dem Politiker, der am präzisesten die Schwächen des Godesberger Programms kritisiert hat, die wichtigsten Arbeiten zur Interpretation des Godesberger Programms gelangen. Wer Peter von Oertzen kennt, weiß, daß er kein blutleerer Theoretiker ist, dem der Buchstabe alles, die politische Praxis aber nichts gibt. Peter von Oertzen war es stets wichtiger, die Partei als verändernde Kraft zu erhalten und voranzutreiben als in einem Theorienstreit die Partei zu lähmen. Dabei war ihm immer deutlich, daß gesellschaftlicher Wandel auch die Theorie erfassen muß, in der es keine ewigen Erkenntnisse geben kann. Eine Einsicht, die ihm dem politischen Anliegen des Revisionisten Eduard Bernstein stets näher sein ließ als der Kritik von dessen Widersachern.

Wenn man heute Peter von Oertzens Beitrag zur Theorie des demokratischen Sozialismus würdigt, dann ist sein Versuch, marxistisches Denken mit dem Godesberger Programm zu vereinbaren als der erfolgreichste zu nennen. Ohne diese Arbeit, die mit seiner Arbeit als Vorsitzender der Kommission Orientierungsrahmen '85 ihren Höhepunkt fand, wäre es schwieriger gewesen, die unterschiedlichen Richtungen, die die SPD zu Anfang der 70er Jahre bestimmten, zusammenzuhalten. Hinter dem Parteiarbeiter Peter von Oertzen steht der Schul- und Hochschulpolitiker allzu häufig zurück. Dabei hat Peter von Oertzen als Kultusminister von 1970 bis 1974 bewiesen, wie sozialdemokratische Bildungspolitik in der Praxis aussehen kann. Obwohl seine Ministerzeit von den zahlreichen Mißheiligkeiten des damaligen bildungspolitischen Alltags (Lehrermangel, Schulraumnot) und erbittertem konservativen Widerstand gegen seine Reformpolitik überwuchert war, konnte er nach vier Jahre eine überragende Bilanz vorzeigen. Neuordnung des niedersächsischen Schulwesens durch ein umfassendes Schulgesetz, Einführung der flächendeckenden Orientierungsstufe, Einführung flächendeckender Berufsgrundbildungsjahre, Start der Gesamtschule, Gründung der Universitäten Osnabrück und Oldenburg, Neuordnung der Fachhochschulen, einphasige Juristen- und Lehrerausbildung, Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer. Von diesen Reformen ist nahezu das meiste nach jetzt acht Jahren CDU-Regierung geblieben. Sie sind so verankert im Lande, daß auch die konservative Gegenreform davor Halt macht und sich auf Korrekturen beschränken muß.

Peter von Oertzen, der seit 1982 schrittweise seine Ämter in der Partei reduziert hat, er ist nur noch Mitglied des Parteivorstandes, wird im beginnenden siebten Lebensjahrzehnt nicht fern aller Politik leben. Mitarbeit am neuen Parteiprogramm, internationale Arbeit und Rückgewinnung der sozialdemokratischen Mehrheit in Niedersachsen heißen seine Ziele. Seine Freunde hoffen auf einen aktiven von Oertzen, seine Gegner müssen es fürchten.

(~/31.8.1984/ks/bgy/rs)

+ + +

